

# Inhaltsübersicht

<b>Einführung</b> .....	29
<i>Teil 1</i>	
<b>Menschenrechtlicher Rahmen für Whistleblowing</b>	36
A. Bedeutung der EMRK für den Untersuchungsgegenstand .....	36
B. Konventionsrechtliche Vorgaben zur Eingriffsrechtbefähigung .....	50
C. Einfluss und Wirkung auf nationales Recht und Unionsrecht .....	99
<i>Teil 2</i>	
<b>Kündigungsschutzzvorgaben der HinSch-RL</b>	116
A. Grundlagen und Kontext der HinSch-RL .....	116
B. Geltungsbereich des unionsrechtlichen Repressalienverbots .....	125
C. Schutzvoraussetzungen des Repressalienverbots .....	148
D. Beweislast und Rechtsfolgen .....	212
E. Primärrechtskonformität .....	222
<i>Teil 3</i>	
<b>Umsetzung und Implementierung ins deutsche Kündigungsschutzrecht</b>	229
A. Der deutsche Weg zum HinSchG .....	229
B. Die Umsetzung des Repressalienverbots .....	240
C. Kündigungsschutz außerhalb des HinSchG .....	292
<b>Fazit und Ausblick</b> .....	306
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	323
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	346

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	29
I. Anlass der Untersuchung: Europäisierung des Whistleblower-Schutzes .....	29
II. Konkretisierung der Problemstellung .....	31
1. Interessenlagen: Ein Konflikt aus mehreren Perspektiven .....	31
2. Interessenwahrung im europäischen „Mehrebenensystem“ .....	32
III. Ziel und Gang der Untersuchung .....	34
1. Zuschnitt des Untersuchungsgegenstands .....	34
2. Gang der Untersuchung .....	34

## *Teil I*

<b>Menschenrechtlicher Rahmen für Whistleblowing</b>	36
A. Bedeutung der EMRK für den Untersuchungsgegenstand .....	36
I. Genese relevanter EGMR-Rechtsprechung .....	37
1. EGMR (GK) v. 12.2.2008 – Guja ./ Moldawien .....	37
2. EGMR v. 21.7.2011 – Heinisch ./ Deutschland .....	38
3. EGMR v. 16.2.2021 – Gawlik ./ Liechtenstein .....	40
4. EGMR (GK) v. 14.2.2023 – Halet ./ Luxemburg .....	41
II. Gewährleistungen des Art. 10 EMRK .....	42
1. Schutzbereich des Art. 10 Abs. 1 EMRK .....	42
2. Eingriffe in die Meinungsäußerungsfreiheit von Whistleblowern .....	43
3. Eingriffsrechtfertigung Art. 10 Abs. 2 EMRK: „Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft“ .....	44
a) Allgemeines .....	44
b) „Whistleblowing“ als de facto abgrenzbare Rechtfertigungskategorie des EGMR .....	45
aa) Subordinationsverhältnis i.S.e. Beschäftigungsverhältnisses .....	46
bb) Informationsinhalt: keine Beschränkung auf Rechtsverstöße .....	46
cc) Organisationsexterne oder -interne Offenbarung .....	47
dd) Irrelevanz der Motivlage für die Feststellung der Fallgruppe .....	48
ee) Folge: Anwendung spezieller Beurteilungskriterien .....	49

B. Konventionsrechtliche Vorgaben zur Eingriffsrechtfertigung .....	50
I. Methodologische Vorüberlegung .....	50
1. Berücksichtigung der Rolle des EGMR und des „margin of appreciation“ .....	50
a) Grundlagen: Subsidiarität, Kontrolldichte und Beurteilungsspielraum .....	50
b) Folge: Erfordernis der Herausarbeitung konventionsrechtlich verbindlicher Vorgaben .....	52
c) Skizzierung der Kontrolldichte für die einschlägige EGMR-Rechtsprechung .....	52
2. Auslegungsmethoden des EGMR: autonome, objektive und dynamisch-evolutive Interpretation .....	54
3. Berücksichtigung des Regelungsumfelds in der Analyse .....	55
a) Völkerrechtsfreundliche Auslegung .....	55
b) Europaratkonforme Auslegung .....	57
c) Der „European Consensus“ in der Auslegung .....	58
aa) Bedeutung und Wirkung .....	58
bb) Erkenntnisquellen zur Konsensermittlung .....	59
II. Analyse der konventionsrechtlichen Beurteilungskriterien .....	60
1. Öffentliches Interesse an der Information .....	61
a) Erfordernis eines überparteilichen Interesses .....	61
b) Indiziert bei Rechtsverstößen .....	62
2. Authentizität der Information .....	63
a) Relevanz: irrtümliche Falschmeldungen .....	63
b) Verifikationspflicht von Whistleblowern .....	64
aa) Herleitung der Verifikationspflicht durch den EGMR .....	64
(1) Rückgriff auf journalistische Sorgfaltspflichten der Pressefreiheit .....	64
(2) Folge: angepasstes Verständnis für Whistleblowing-Konstellation .....	65
bb) Anforderungen an die Verifizierung der Information beim Whistleblowing .....	65
(1) Tatsachengrundlage („Reasonable grounds to believe“) .....	65
(2) „Good faith“-Erfordernis? .....	67
cc) Allgemeinverbindliche Anforderungen aus Rs. <i>Gawlik</i> ? .....	67
(1) Keine Etablierung erhöhter Nachforschungspflichten .....	67
(2) Keine Etablierung geringerer Anforderungen an die Verifikation .....	69
dd) Kein verbindlich differenzierender Maßstab nach Adressaten .....	69
c) Zwischenfazit .....	70
3. Prüfung alternativer Meldekanäle .....	71
a) Gang an die Öffentlichkeit als ultima ratio .....	71
b) Rangfolge zwischen interner Abhilfe und Behördenmeldung: Vorrang als Pflicht oder Beurteilungsspielraum? .....	72
aa) Vorgaben der Großen Kammer in Rs. <i>Guja</i> .....	73
(1) Sprachlich-systematische Analyse des Kriteriums .....	73

(2) Analyse im Lichte der aufgeführten Konventionen des Europarats und Völkerrechts .....	73
(3) Zwischenergebnis: keine verbindlichen allgemeinen Vorgaben der Großen Kammer .....	75
bb) Vorrang innerbetrieblicher Abhilfe in nachfolgenden Entscheidungen	75
(1) Wortgleiche Übernahmen des allgemeinen <i>Guja</i> -Grundsatzes („general principles [...]“) .....	75
(2) Die Anwendungen auf die konkreten Fälle („Application [...] to the present case“) .....	76
(3) Analyse im Lichte aufgeführten Völkerrechts .....	77
(4) Analyse im Lichte aufgeführter Dokumente des Europarats .....	78
(5) Ausbleibende Anrufung der Großen Kammer .....	79
(6) Kein „europäischer Konsens“ für festgeschriebenen Gleichrang .....	79
cc) Zwischenergebnis: Beurteilungsspielraum .....	80
4. „Motive“ und „good faith“ .....	81
a) Motiv der Meldung („motive“) .....	81
aa) Positive und neutrale Motivlage: keine notwendige Schutzvoraussetzung .....	81
bb) Negative Motivlage: Schutzausschluss oder Beurteilungsspielraum? .....	82
(1) Keine letztverbindlichen Vorgaben der Spruchkörper .....	82
(2) Regelungsumfeld: kein konventionsrechtlich verbindlicher Schutzausschlussstatbestand .....	83
(3) Auslegung im Lichte der intersubjektiven Dimensionen des Whistleblowings .....	84
(4) Aufkommender Konsens: Irrelevanz des Motivs zur Rechtsdurchsetzung .....	85
(5) Zwischenergebnis: konventionsrechtliche Irrelevanz bei Rechtsdurchsetzung .....	87
b) Gutglaubens-Erfordernis („good faith“) .....	87
aa) Keine ausdrücklichen Vorgaben der Großen Kammer in Rs. <i>Guja</i> .....	87
bb) Vorzugswürdige Auslegung: bloßes Irrtumsprivileg .....	88
cc) Bezugspunkte und Maßstab .....	89
5. Schaden des Arbeitgebers („detiment to the employer“) .....	90
a) Abwägungsvorgang: Konkretisierung in Rs. <i>Halet</i> (GK) .....	90
aa) Gewichtung des öffentlichen Interesses .....	91
bb) Gegenüberstehende Interessen: Schäden von Betroffenen und Dritten .....	92
b) Verbleibender Beurteilungsspielraum zur Konkretisierung .....	93
aa) Mögliche Pauschalierung der Abwägung durch nationale Regulierungssysteme .....	93
bb) Kein Ausschluss pauschaler Qualifizierungsmerkmale nach Rs. <i>Halet</i> (GK) .....	94
6. Schwere der Sanktion („severity of the sanction“) .....	95

III. Systematisierung der Beurteilungskriterien .....	96
1. Abschließende Aufzählung und Gleichrangigkeit .....	96
2. Notwendige Kriterien statt „flexible Abwägungskriterien“ .....	97
3. Kriterien-Differenzierung: Whistleblowing-Handlung (1. Stufe) und Sanktionsreaktion (2. Stufe) .....	98
C. Einfluss und Wirkung auf nationales Recht und Unionsrecht .....	99
I. Auswirkungen auf die bisherige und künftige (autonome) nationale Rechtslage	100
1. Völkerrechtliche Bindungswirkung .....	100
2. Innerstaatliche Bindungswirkung: „Grundsatz völkerrechtsfreundlicher Auslegung“ des GG .....	101
a) BVerfG: Rezeptionshindernis bei mehrpoligen Grundrechtsverhältnissen? .....	102
b) Sachgerechter: „Korridor“ nationaler Letztentscheidungskompetenz und Beurteilungsspielraum .....	104
II. Auswirkung der EMRK auf die HinSch-RL und das HinSchG .....	105
1. Einbeziehung der EMRK in GRCh als Unionsprimärrecht .....	105
a) GRCh als Maßstab für HinSch-RL und HinSchG .....	105
b) Tatbestand des Einbeziehungsmechanismus, Art. 52 Abs. 3 S. 1 GRCh: „entsprechende Grundrechte“ .....	107
c) Rechtsfolge der Einbeziehung: „gleiche Bedeutung und Tragweite“ i. S. v. Kohärenz .....	109
aa) Kohärenz im „mehrpoligen Grundrechtsverhältnis“: Übertragung des Korridors .....	109
bb) Exkurs: Kohärenz im „asymmetrisch mehrpoligen Grundrechtsverhältnis“ .....	111
(1) Grundsatz: einseitige Erhöhung über Art. 52 Abs. 3 S. 2 GRCh möglich .....	111
(2) Ausnahme: volle Berücksichtigung des GRCh-Schutzniveaus durch EGMR .....	112
cc) Zwischenergebnis: Übertragung des Korridors .....	112
2. Exkurs: „Selbstbindung“ der HinSch-RL und mittelbare Überprüfung durch EGMR .....	113
III. Maßstabsbildung: Der konventionsrechtliche Korridor .....	114
 <i>Teil 2</i>	
<b>Kündigungsschutzvorgaben der HinSch-RL</b>	116
A. Grundlagen und Kontext der HinSch-RL .....	116
I. Unionsrechtliche Grundlagen .....	116
1. Gewählte Regelungskompetenzen für den Hinweisgeberschutz .....	116
2. Grundzüge der Richtliniendogmatik .....	118

3. Die Richtlinienauslegung . . . . .	118
a) Wortlaut, Systematik, Telos und Historie . . . . .	119
b) Primärrechtskonforme Auslegung: Einbruchstelle des EMRK-Korridors . . . . .	120
II. Entstehungsgeschichte der HinSch-RL . . . . .	121
1. Europäisches Parlament und Zivilgesellschaft als treibende Kraft . . . . .	121
2. Kommissionsentwurf und weiterer legislativer Prozess . . . . .	122
III. Richtlinienüberblick aus kündigungsrechtlicher Perspektive . . . . .	123
1. Regulierungsziel . . . . .	123
2. Kündigungsrechtlicher Regelungsgehalt . . . . .	124
3. Dogmatische Einordnung: spezielles unionsrechtliches Maßregelungsverbot	125
B. Geltungsbereich des unionsrechtlichen Repressalienverbots . . . . .	125
I. Personeller Geltungsbereich . . . . .	125
1. Geschützter Personenkreis . . . . .	126
a) „Hinweisgeber“ im laufenden Beschäftigungsverhältnis, Art. 4 Abs. 1 HinSch-RL . . . . .	126
b) Erweiterung: „beendete“ und „noch nicht begonnene“ Beschäftigungsverhältnisse, Art. 4 Abs. 2–3 HinSch-RL . . . . .	127
c) Exkurs: Schutz weiterer Personen, Art. 4 Abs. 4 HinSch-RL . . . . .	129
2. Adressaten des Benachteiligungsverbots . . . . .	130
a) Betroffene und verbundene Unternehmen . . . . .	130
b) Keine Erfassung unbeteiligter zukünftiger Arbeitgeber . . . . .	130
II. Zulässige Hinweisgegenstände („Sachlicher Anwendungsbereich“) . . . . .	131
1. Erfasste Fehlverhalten: „Verstöße“, Art. 5 Nr. 1 HinSch-RL . . . . .	132
a) Rechtswidrige Verhaltensweisen (Var. 1) . . . . .	132
b) Rechtsmissbräuchliche Praktiken i. S. d. EuGH (Var. 2) . . . . .	132
c) Künftige Verstöße und Verschleierungsmaßnahmen, Art. 5 Nr. 2 HinSch-RL	134
2. Sachlich begrenzte Hinweisgegenstände, Art. 2 Abs. 1 HinSch-RL . . . . .	134
a) Rechtsakte und Politikbereiche (lit. a) . . . . .	135
aa) Einheitlicher Hinweisgegenstand und abschließende Aufzählung . . . . .	135
bb) Dynamische Bezugnahme . . . . .	136
b) Finanzielle Interessen der Union (lit. b) . . . . .	137
c) Verstoß gegen Binnenmarktvorschriften (lit. c) . . . . .	138
aa) Wettbewerbs- und Beihilferecht . . . . .	138
bb) Körperschaftssteuerrecht: nur bei Verstoß gegen Beihilfeverbot . . . . .	139
d) Gegenständliche Ausschlusstatbestände: nationale Sicherheit und gesetzliche Schweigepflicht . . . . .	140
e) Gegenständliche Erweiterungsmöglichkeit . . . . .	140
aa) Unionsgesetzgeber . . . . .	140
bb) Umsetzungsgesetzgeber . . . . .	141

III. Verhältnis zu anderen hinweisgeberschützenden Rechtsakten .....	142
1. Verhältnis zu autonom nationalen Vorschriften .....	142
2. Verhältnis zu unionsrechtlichen Vorschriften .....	142
a) Verhältnis zu Unionsrechtsakten i.S.d. Art. 3 Abs. 1 HinSch-RL .....	143
b) Verhältnis zu Art. 5 lit. b GeschGeh-RL .....	144
aa) Inhaltliche Überschneidungen .....	144
bb) Rechtmäßigkeit von Hinweisen nach Art. 3 Abs. 2 GeschGeh-RL .....	144
cc) Ausnahmetatbestand Art. 5 lit. b GeschGeh-RL: keine Kündigungsrele-	
vanz .....	145
c) Verhältnis zu Art. 11 Abs. 6 ArbSch-RL .....	146
IV. Zwischenfazit im Lichte des „Whistleblowings“ i.S.d. EGMR .....	147
C. Schutzvoraussetzungen des Repressalienverbots .....	148
I. Geschützte Handlung, Benachteiligung und Kausalität .....	148
1. Geschützte Hinweis-Handlungen .....	148
a) Meldung und Offenlegung .....	148
b) Schutz bei anonymen Hinweisen .....	149
aa) Vorüberlegung: Gestaltungsspielraum zur Verpflichtung der Verfolgung .....	149
bb) Aber: unabhängiger subjektiver Schutz .....	150
2. Benachteiligende Kündigung .....	151
3. Kausalität zwischen Hinweis und Benachteiligung .....	151
a) Herleitung des Erfordernisses .....	151
b) Anforderungen und Grad der Kausalität .....	152
aa) Vorab: bloßer zeitlicher Zusammenhang nicht ausreichend .....	152
bb) Problemstellung: Kausalitätsgrad bei alternativ rechtmäßiger Kündi-	
gung (Motivbündel) .....	152
(1) Wortlaut und Begründungserwägung: unergiebig .....	152
(2) Historisch teleologisch: keine Anhebung des Kausalitätsgrads .....	153
(3) Telos: Erfordernis eines hohen Schutzniveaus .....	154
(4) Vorzugswürdig: jede Mitursächlichkeit ausreichend .....	155
II. Inhaltliche Anforderungen an die Hinweis-Information, Art. 6 Abs. 1 lit. a	
HinSch-RL .....	155
1. Abstrakte Anforderung: „Informationen über Verstöße“ .....	156
a) Beweisbare Tatsachen .....	156
b) Ausreichend: (begründete) Verdachtsmomente .....	156
aa) Kein Beweis erforderlich .....	156
bb) Bloße Möglichkeit eines Verstoßes ausreichend .....	157
c) Zukünftige Verstöße: hohe Wahrscheinlichkeit des Eintritts .....	157
d) Verstoß-Bezug und Umfang .....	158
e) Teleologische Reduktion für öffentlich verfügbare Informationen? .....	159

2. „Hinreichend Grund zu der Annahme“ .....	160
a) Verhältnis zum Begriff „Informationen über Verstöße“ .....	160
b) Hintergrund und dogmatische Einordnung .....	160
aa) Hintergrund des Kriteriums .....	160
bb) Dogmatische Einordnung: reines Irrtumsprivileg .....	161
cc) Folge: Wahrheit und Unterfallen in Anwendungsbereich ausreichend	163
c) Bezugspunkte des Irrtumsprivilegs aus Art. 6 Abs. 1 lit. a HinSch-RL .....	163
aa) Tatsachenebene: Wahrheit der Information über Verstöße .....	163
bb) Rechtliche Ebene: Unterfallen in (sachlichen) Anwendungsbereich .....	164
cc) Gleichbehandlung von Tatsachen- und Rechtsirrtümern .....	165
d) Anforderungen und Grenzen .....	166
aa) Ausgangspunkt: autonomer Prüfungsmaßstab .....	166
bb) „Hinreichender Grund“ .....	167
(1) Anforderung: vernünftige objektive Anhaltspunkte .....	167
(2) Beurteilungsperspektive und Zeitpunkt .....	168
(3) Auswirkung einer Offenlegung auf die Anforderung des hinreichenden Grundes .....	168
(a) Beurteilungszeitpunkt: Offenlegung und Neubewertung .....	168
(b) Keine sonstige Verschärfung der Anforderung .....	169
cc) Verobjektivierter Maßstab: .....	170
(1) „Hinreichend Grund“ indiziert „Annahme“ .....	170
(2) Subjektive Grenze: wissentliche Falschmeldungen .....	172
dd) Nachforschungs- und Verifikationsobligiehenheiten? .....	173
(1) Grundsätzlich: nur im Bereich reiner Spekulation .....	173
(2) Kein strengerer Maßstab bei Rechtsirrtümern und Offenlegung .....	174
(3) Kein Erfordernis primärrechtskonformer Auslegung im Lichte der EMRK .....	174
(4) Zwischenergebnis: nur im Bereich der Spekulation .....	176
3. Kontext der Informationserlangung unerheblich .....	176
III. Verfahrenskonformität des Hinweises, Art. 6 Abs. 1 lit. b HinSch-RL .....	177
1. Überblick und Systematisierung der Hinweisadressaten .....	177
a) Interne Meldestelle .....	177
b) Externe Meldestelle .....	178
aa) Richtlinienspezifische Begriffsbestimmung: „zuständige Behörde“ .....	179
bb) Gestaltungsspielraum bei Benennung der Behörden .....	179
c) Öffentlichkeit .....	180
2. Interne- und externe Meldung: Gleichrang oder Stufenverhältnis? .....	181
a) Wortlaut .....	181
b) Systematik .....	182
aa) Innerhalb der HinSch-RL .....	182

bb) Systematik weiterer unionrechtlicher Hinweisgeberschutzsysteme . . . . .	183
(1) ArbSch-RL . . . . .	183
(2) Finanzaufsichtsrecht . . . . .	183
(3) GeschGeh-RL . . . . .	184
cc) Zwischenergebnis: Gleichrang . . . . .	185
c) Genese und Begründungserwägungen . . . . .	185
aa) Kommissionsvorschlag und politisches Ringen . . . . .	185
bb) Begründungserwägungen . . . . .	187
d) Kein Erfordernis primärrechtskonformer Auslegung im Lichte der EMRK	188
e) Keine Einschränkung des Wahlrechts durch teleologische Reduktion . . . . .	189
f) Zwischenergebnis: Gleichrang und uneingeschränktes Wahlrecht . . . . .	190
3. Offenlegung als <i>ultima ratio</i> . . . . .	190
a) Anforderungen des Art. 15 Abs. 1 HinSch-RL . . . . .	190
aa) Grundsatz: Einhaltung der Eskalationsroutine (lit. a) . . . . .	190
(1) Vorausgehende Meldung(en) und Abwarten der Rückmeldefrist(en)	190
(2) Ausbleiben geeigneter Maßnahmen . . . . .	192
bb) Ausnahme: direkte Offenlegung (lit. b) . . . . .	193
(1) Unmittelbare oder offenkundige Gefährdung öffentlichen Interesses	193
(2) Befürchtete Repressalien oder geringe Aussichten auf Abhilfe . . . . .	193
(3) Ausreichend: hinreichend Grund zu der Annahme (Irrtumsprivileg)	194
cc) Primärrechtskonformität im Lichte der EMRK . . . . .	195
b) Vorrang nationaler Presse-Hinweisschutzsysteme nach Art. 15 Abs. 2	
HinSch-RL . . . . .	195
aa) Bezugspunkt: Anforderungen des Art. 15 Abs. 1 HinSch-RL . . . . .	195
bb) Relevanz: Begünstigung des Hinweigeberschutzes . . . . .	196
IV. Notwendigkeitsvorbehalt . . . . .	196
1. Anwendungsbereich: keine allgemeine Schutzworaussetzung . . . . .	196
a) Wortlaut und Systematik: keine allgemeine Schutzworaussetzung . . . . .	197
aa) Art. 6, Art. 19 und Art. 21 HinSch-RL . . . . .	197
bb) Art. 21 Abs. 2 und 7 HinSch-RL . . . . .	197
b) Historische und teleologische Argumente: kein systematisches Redaktions-versehen . . . . .	199
c) Kein Erfordernis primärrechtskonformer Auslegung im Lichte der EMRK	199
d) Zwischenergebnis: keine allgemeine (Kündigungsschutz-)Voraussetzung	200
2. Verbleibende Etablierungsmöglichkeiten . . . . .	201
a) Allgemeine Schutzworaussetzung bei „Offenlegungsbeschränkung“ . . . . .	201
b) Tatbestandsmerkmal: Haftungsbefreiung des Art. 21 Abs. 7 HinSch-RL und Erlaubnis nach Art. 3 Abs. 2 GeschGeh-RL . . . . .	202
c) Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten bei Etablierung und Ausgestaltung . . . . .	203
aa) Möglicher Verzicht der Etablierung nach Art. 25 HinSch-RL . . . . .	203

bb) Ausgestaltung im Anwendungsfall: keine konkreten Richtlinienvorgaben .....	203
3. Zwischenergebnis und Primärrechtskonformität .....	204
V. Handlungsmotiv des Hinweisgebers .....	205
1. Auslegung des Richtlinieninhalts .....	206
a) Wortlaut und Systematik: keine Berücksichtigung .....	206
b) Historie und Telos: Irrelevanz der Motivlage .....	207
2. Primärrechtskonformität der Irrelevanz im Lichte der EMRK .....	208
3. Grenze: unionsrechtlicher Grundsatz des Rechtsmissbrauchs .....	209
a) Mögliche „Missbrauchskonstellationen“ der HinSch-RL .....	210
b) Unionsrechtliche Rechtsmissbrauchsvoraussetzungen i. d. R. nicht erfüllt ..	210
4. Zwischenergebnis: Handlungsmotiv irrelevant .....	211
D. Beweislast und Rechtsfolgen .....	212
I. Beweislastverteilung .....	212
1. Beweislastumkehr für Kausalitätserfordernis .....	212
a) Keine bloße Beweiserleichterung .....	212
b) Bezugspunkt: Kausalität .....	213
c) Anforderungen: Geltendmachung ausreichend .....	213
d) Zeitliche Reichweite .....	214
e) Verhältnismäßigkeit: keine faktische Unmöglichkeit der Widerlegung ..	215
2. Sonstige Darlegungs- und Beweislastfragen .....	215
a) Keine spezielle Beweislastverteilung im Übrigen .....	215
b) Aber: Beweishilfemöglichkeiten durch Bescheinigung der Meldestellen ..	216
II. Materiellrechtliche Kündigungsschutzvorgabe .....	216
1. Reichweite des Kündigungsschutzes (Geschützte Handlungen) .....	217
a) Meldung und Offenlegung (Hinweis) .....	217
b) Beschaffung und Zugriff auf Informationen (Vorfeldmaßnahmen) .....	217
aa) Voraussetzung des Schutzes: nachfolgender Hinweis .....	218
bb) Grenze: strafbare Vorfeldmaßnahme .....	219
c) Sonstige Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang .....	219
2. Zwingender Charakter des Kündigungsverbots .....	220
III. Vorgaben zur Rechtsdurchsetzung .....	220
1. Anforderung: spezielles Kündigungsverbot für Hinweisgeber .....	220
2. Wirksamer Durchsetzungsmechanismus .....	221
3. Einstweiliger Rechtsschutz .....	221
E. Primärrechtskonformität .....	222
I. EMRK-Konformität des Repressalienverbots .....	222
1. Öffentliches Interesse .....	223
2. Authentizität der Information .....	223
3. Prüfung alternativer Meldekanäle .....	224

4. Handlungsmotiv .....	224
5. Schaden des Arbeitgebers .....	225
6. Schwere der Sanktion .....	225
II. Verhältnismäßigkeit der HinSch-RL im Lichte der Betroffenenrechte .....	226

*Teil 3*

<b>Umsetzung und Implementierung ins deutsche Kündigungsschutzrecht</b> .....	<b>229</b>
A. Der deutsche Weg zum HinSchG .....	229
I. Nationale Entwicklung und bisherige Rechtslage .....	230
1. Gescheiterte allgemeine Legislativvorstöße .....	230
2. Flickenteppich sektorspezifischer Melderechte und Benachteiligungsverbote	230
3. Entwicklungslinien kündigungsrechtlicher Rechtsprechung .....	232
a) Historische Entwicklung bis 2001 .....	232
b) BVerfG 2001 und nachfolgende Entwicklung .....	233
c) Zwischenfazit: von Treuepflichtverletzung zur Rechtsdurchsetzung	234
II. Grundlagen der Richtlinienumsetzung .....	234
1. Anforderungen an die Richtlinienumsetzung .....	234
2. Auslegungsmaßstab und einheitliche Richtlinienauslegung .....	235
3. Abweichungen zu Gunsten des Hinweisgebers .....	236
III. Das HinSchG – Entstehung und Überblick .....	237
1. Hintergrund zur Entstehung .....	237
2. Zielsetzung und allgemeiner Überblick .....	238
3. Relevante Vorschriften und dogmatische Einordnung .....	239
a) Kündigungsrechtlich relevante Normen .....	239
b) Dogmatische Einordnung: Benachteiligungsverbot und Verbottsgesetz	240
B. Die Umsetzung des Repressalienverbots .....	240
I. Geltungsbereich .....	240
1. Personeller Geltungsbereich .....	240
a) Geschützte „hinweisgebende Person“ .....	240
b) Adressat des Maßregelungsverbots .....	242
2. Zulässige Hinweisgegenstände .....	243
a) Vorbemerkung: rechtspolitischer Vorfeldstreit .....	243
b) „Verstöße“: rechtswidrige und rechtsmissbräuchliche Praktiken .....	244
c) Sachliche Beschränkung der Meldegegenstände (überschießende Umsetzung) .....	245
aa) Strafbewehrte Verstöße .....	245
bb) Bußgeldbewehrte Verstöße zum Schutz von Leben, Leib oder Gesundheit sowie Beschäftigtenrechte .....	246

cc) Sonst erfasste (Unionsrechts-)Verstöße .....	246
d) Ausschlusstatbestände: berufsspezifische Geheimhaltung und nationale Sicherheit .....	247
e) Exkurs: Erweiterungsmöglichkeit auf Unternehmensebene durch Kollektivvereinbarung .....	248
f) Bewertung: richtlinienkonform, aber „unschüssig“ .....	248
3. Verhältnis zu anderen hinweisgeberschützenden Normen .....	249
a) Verhältnis zu § 17 Abs. 2 ArbSchG und § 612a BGB .....	249
b) Verhältnis zu § 5 GeschGehG .....	251
c) Verhältnis zu § 4d FinDAG .....	252
II. Voraussetzungen des Repressalienverbots .....	253
1. Geschützte Handlung, Benachteiligung und Kausalität .....	253
a) Geschützte Hinweis-Handlung: Meldung und Offenlegung .....	253
b) Benachteiligende Kündigung .....	254
c) Kausalität zwischen Hinweis und Benachteiligung: Mitursächlichkeit ausreichend .....	255
2. Inhaltliche Anforderungen an die Hinweis-Information .....	256
a) Konkretisierende Anforderung: „Informationen über Verstöße“ .....	256
b) „Hinreichend Grund zu der Annahme“ .....	257
aa) Dogmatische Einordnung als Irrtumsprivileg .....	258
bb) Folge: Wahrheit der Information und zulässiger Hinweisgegenstand ausreichend .....	259
cc) Bezugspunkte: Tatsachen- und Rechtsirrtum .....	259
dd) Anforderungen und Grenzen .....	260
(1) „Hinreichender Grund“: vernünftige objektive Anhaltspunkte .....	260
(2) Rein objektiver Maßstab: subjektive „Annahme“ nicht erforderlich .....	262
(3) Subjektive Grenze: wissentliche Falschmeldungen .....	262
(4) Keine allgemeinen Sorgfalts- oder Nachforschungsobligationen .....	263
c) Zwischenfazit .....	264
3. Verfahrenskonforme Meldung .....	264
a) Überblick und Systematisierung möglicher Hinweis-Adressaten des HinSchG .....	265
aa) Interne Meldestellen i. S. d. HinSchG .....	265
bb) Externe Meldestelle i. S. d. HinSchG .....	266
cc) Öffentlichkeit .....	266
b) Rangverhältnis der Hinweis-Adressaten i. S. d. HinSchG .....	267
aa) Interne und externe Meldung .....	267
(1) Gleichrang und Wahlrecht des Hinweisgebers, § 7 HinSchG .....	267
(2) Keine Einschränkung des Wahlrechts bei vorausgehender interner Meldung .....	268

(3) Auswirkung des Gleichrangs auf bestehende gesetzliche Meldeverfahren .....	269
bb) Offenlegung als <i>ultima ratio</i> .....	269
(1) Einhaltung der Eskalationsroutine (Alt. 1) .....	270
(a) Fehlgeschlagene interne und/oder externe Meldung .....	270
(b) Ablauf der Rückmeldefrist oder Ausbleiben geeigneter Folgemaßnahmen .....	271
(2) Ausnahmsweise direkte Offenlegung (2. Alt.) .....	272
cc) Zwischenfazit .....	273
c) Verhältnis zu Adressaten außerhalb des HinSchG: Blinder Fleck .....	274
aa) Verhältnis zu sonst zuständigen Stellen und „Vorrang-Rechtsprechung“ des BAG .....	274
bb) Verhältnis zu sonstigen unternehmensinternen Adressaten .....	276
cc) Zwischenfazit: Klarstellungserfordernis <i>de lege ferenda</i> .....	277
4. Notwendigkeitsvorbehalt .....	277
a) Anwendbarkeit .....	278
aa) Keine allgemeine Schutzworaussetzung des HinSchG .....	278
bb) Schutzworaussetzung für Geschäftsgeheimnisse und Offenlegungsschränkungen .....	279
cc) Zwischenfazit, Unionsrechts- und EMRK-Konformität .....	280
b) Exkurs: Inhalt des Kriteriums .....	281
5. Relevanz der Motivlage .....	281
a) Motivation des Hinweisgebers: irrelevant .....	281
b) Rechtsmissbrauchskonstellationen nicht ersichtlich .....	282
c) Zwischenfazit: Richtlinien- und EMRK-Konformität .....	283
III. Beweislast und Rechtsfolge .....	284
1. Beweislastumkehr für Kausalität .....	284
2. Materielle Rechtsfolge .....	286
a) Unwirksamkeit der Kündigung, § 134 BGB .....	286
b) Reichweite des Kündigungsverbots (geschützte Handlungen) .....	286
aa) Hinweis-Handlung: Meldung und Offenlegung .....	286
bb) Beschaffung und Zugriff (richtlinienkonforme Rechtsfortbildung) .....	287
3. Keine vertragliche (oder gesetzliche) Schutzabsenkung .....	288
IV. Standortbestimmung: Das HinSchG im System des Kündigungsschutzes .....	288
1. Präklusionsfrist nach § 7 i. V. m. § 4 KSchG .....	288
2. Allgemeiner Weiterbeschäftigungsanspruch und vorläufiger Rechtsschutz .....	289
3. Keine (arbeitgeberseitige) Auflösungsmöglichkeit nach § 9 KSchG .....	290
V. Zwischenfazit zur Umsetzung .....	291

C. Kündigungsschutz außerhalb des HinSchG . . . . .	292
I. Nichterfüllung der Schutzworaussetzungen des HinSchG . . . . .	293
1. Anwendbarkeit des allgemeinen Kündigungsschutzes . . . . .	293
a) Keine ganzheitlich abschließende Regelung durch HinSchG . . . . .	293
b) Sonderkündigungsschutz: allgemeiner Kündigungsschutz subsidiär . . . . .	293
c) Einordnung in die Dogmatik verhaltensbedingter Kündigung . . . . .	294
2. Tatbestandsvoraussetzungen einer Kündigung bei Whistleblowing . . . . .	295
a) Unzulässiger Hinweis als Pflichtverletzung (1. Stufe) . . . . .	295
b) Überprüfung der Sozialwidrigkeit: Ausfüllung durch Prinzipien des Kündigungsschrechts (2. Stufe) . . . . .	295
aa) Prognoseprinzip . . . . .	296
bb) Ausprägungen des Ultima-Ratio-Prinzips . . . . .	296
(1) Abmahnernfordernde . . . . .	296
(2) Fehlende Weiterbeschäftigungsmöglichkeit . . . . .	298
cc) Güter- und Interessenabwägung . . . . .	298
dd) Stufenverhältnis von ordentlicher und außerordentlicher Kündigung . . . . .	299
3. Zwischenergebnis . . . . .	300
II. Nichterfassung des Hinweisgegenstandes durch das HinSchG . . . . .	301
1. Begrenzte Reichweite des HinSchG gegenüber EGMR-Rechtsprechung . . . . .	301
a) Rekapitulation der Reichweite des HinSchG . . . . .	301
b) „Schutzlücke“ zur Reichweite der EGMR-Fallgruppe . . . . .	301
2. <i>De lege ferenda</i> : Regelungsbedürfnis und -vorschlag . . . . .	302
a) Rechtsverstöße im Kollektivinteresse: Ausweitung des § 2 HinSchG . . . . .	302
b) Sonstiges Fehlverhalten im öffentlichen Interesse . . . . .	303
aa) Relevanz ausdrücklichen Schutzes . . . . .	303
bb) Regulierungsvorschlag: Auffangtatbestand . . . . .	304
3. <i>De lege lata</i> : Kohärenzwahrung durch Arbeitsgerichte im EGMR-Korridor . . . . .	305
<b>Fazit und Ausblick . . . . .</b>	<b>306</b>
I. Résumé: Tragfähigkeit des Mehrebenensystems für den Kündigungsschutz von Whistleblowern . . . . .	306
1. Zum konventionsrechtlichen Rahmen . . . . .	306
2. Zum unionsrechtlichen Kündigungsverbot . . . . .	307
3. Zur Umsetzung und Implementierung ins deutsche Kündigungsschutzsystem . . . . .	308
II. Ausblick: verbleibender legislativer Handlungsbedarf . . . . .	309
III. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse . . . . .	310
1. Ergebnisse: konventionsrechtlicher Rahmen . . . . .	310
a) Grundlagen und Methodik der Analyse . . . . .	310
b) Konventionsrechtliche Vorgaben zur Eingriffsrechtbefertigung . . . . .	311
c) Wirkung auf den Untersuchungsgegenstand . . . . .	313

2. Ergebnisse: Kündigungsschutzvorgaben der HinSch-RL .....	314
a) Grundlagen und Geltungsbereich .....	314
b) Schutzworaussetzungen .....	315
c) Beweislastumkehr und Rechtsfolge .....	318
d) Primärrechtskonformität: EMRK-Korridor und Verhältnismäßigkeit .....	319
3. Ergebnisse: Umsetzung und Implementierung ins deutsche Kündigungs-schutzsystem .....	319
a) Die Umsetzung durch das HinSchG .....	319
b) Kündigungsschutz außerhalb des HinSchG .....	322
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>323</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>346</b>